

# Biotop statt Teich oder Biotop als Teich?

Ein Vorschlag der Ortenberger Grünen-Fraktion im Stadtparlament sorgt für Diskussionen. Ist die Streichung der Mittel für die Sanierung des Damms an der Lißberger Teichanlage ein geeigneter Ansatzpunkt, um Kosten im Haushalt zu reduzieren?

VON OLIVER POTENGOWSKI

Um Kosten für eine Sanierung des Damms zu sparen, soll die Teichanlage in Lißberg nach einem Vorschlag der Grünen als Biotop entwickelt werden. Ein entsprechender Antrag der Fraktion fand in der jüngsten Stadtverordnetensitzung jedoch keine Zustimmung der anderen Parteien. Diese halten vor einer Entscheidung eine grundsätzliche Diskussion unter Einbindung des Ortsbeirats für notwendig.

450000 Euro waren im Entwurf des Haushaltsplans 2023 für die Sanierung des Damms an der Lißberger Teichanlage vorgesehen. In der Sitzung der Stadtverordneten beantragte Antje Lucas, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen, diese Position zu streichen. Denn der Damm sei nur notwendig, wenn der Teich mit Wasser gefüllt werde. Doch auf der Fläche des frühe-



Der Streitpunkt: Die Teichanlage bei Lißberg. Durch das abgelassene Wasser habe sich, so die Grünen, ein Biotop entwickelt, das auch ohne eine Dammsanierung funktioniere. Vertreter der anderen Fraktionen sehen die Lage – auch mit Blick auf die Geschichte der Teichanlage – anders und wollen diese erhalten.

ren Teichs habe sich ein Biotop entwickelt. Dieses lasse sich zusammen mit benachbarten Biotopen und weiteren Anlagen am Vulkanradweg, wie Wasserkraftwerk, Tretbeckenanlage und Auenwald, gut in das Konzept der Landesgartenschau 2027 integrieren. Ein Biotop sei sinnvoller als ein Angelteich, erklärte Lucas. Zu-

dem habe der Teich keine Bedeutung für den Hochwasserschutz.

## Ortsbeirat einbeziehen

FWG-Fraktionschef Markus Bäckel forderte, dass über den Teich ergebnisoffen diskutiert werden solle. »Wir halten es

zur Debatte stehe. Er schlug vor, sämtliche Alternativen für den weiteren Umgang mit dem Teich zu prüfen und betonte, dass auch das Biotop Aufwand verursache. »Wer pflegt das? Beim Angelteich wissen wir, wer den pflegt.«

Dirk Vogel, CDU-Fraktionschef, ergänzte, dass es in Politik und Verwaltung schon lange Überlegungen zum Teich gebe. Für eine Entscheidung müssten auch der Ortsbeirat eingebunden und wasserrechtliche Vorgaben beachtet werden. Vogel hob zudem die Bedeutung des Teichs im früheren Dorfleben hervor. Aspekte, die auch Bürgermeisterin Ulrike Pfeiffer-Pantring ansprach. Der Teich mit dem Damm sei Anfang der 70er Jahre angelegt worden und ein halbes Jahrhundert lang ehrenamtlich gepflegt worden. »Es ist ein Kleinod am Vulkanradweg«, stellte sie fest. »Es ist eigentlich nicht unsere Art, ein halbes Jahrhundert ehrenamtliche Arbeit damit zu belohnen, dass wir sagen, jetzt nehmen wir euch den weg.« Sie schlug vor, einen Weg zu finden, den Teich zum Biotop zu entwickeln, ohne dabei die Angler auszuschließen. »Das ist ein gutes Konzept für die Zukunft, um möglichst wenig Folgekosten zu haben.«

Jetzt sieht es so aus, als wollten wir eine Erholungszone streichen. Aber wir wollen Liß-

berg nichts wegnehmen. Ich selbst habe meine halbe Kindheit in Lißberg verbracht, bin mit dem Schlauchboot auf dem Teich gefahren«, betonte Grünen-Fraktionschef Dietmar Wäß. Die Stadtverordneten seien aufgefordert worden, Sparvorschläge zu machen, deshalb hätten die Grünen überlegt, die Investition von 500000 Euro für die Erneuerung des Damms auszusetzen, erklärte er das Anliegen seiner Fraktion.

## Betriebskosten – die größere Belastung

Pfeiffer-Pantring entgegnete, dass der Haushalt der Stadt weniger durch Investitionen als durch laufende Betriebskosten belastet werde. Dagegen gebe es keine Probleme, Fördermittel für Maßnahmen zu bekommen. Im Rahmen der Landesgartenschau würden teilweise bis zu 90 Prozent der Investitionen gefördert. Gerade auch für die Landesgartenschau wünsche sich die Stadt, dass die Stadtteile sich mit eigenen Projekten und Zielen einbringen. Deshalb müsse bei der Entscheidung über die Zukunft des Teichs der Ortsbeirat eingebunden werden. Dem Antrag der Grünen stimmten letztlich nur deren fünf Vertreter zu. Die übrigen Stadtverordneten sprachen sich dagegen aus.

FOTO: POTENGOWSKI